

3975
Bericht und Antrag
des Regierungsrates an den Kantonsrat
über die Bewilligung
von Nachtragskreditbegehren
für das Jahr 2002, I. Serie
(vom 15. Mai 2002)

Gestützt auf § 29 des Finanzhaushaltsgesetzes und § 63 Abs. 2 der Verordnung über die Finanzverwaltung vom 10. März 1982 legt der Regierungsrat dem Kantonsrat das Verzeichnis der für das Jahr 2002 erforderlichen Nachtragskredite I. Serie vor und ersucht ihn um Bewilligung der nachfolgenden Mehrausgaben.

22 **Direktion der Justiz und des Innern**

2207 **Amt für Gemeinden und berufliche Vorsorge (Globalbudget)**

Saldo Laufende Rechnung

Voranschlag Fr. 1'601'700

Nachtragskredit Fr. 350'000

1

Die 1999 begonnene Anreizaktion für den Anschluss der Gemeinden an das Datenkommunikationsnetz der Kantonalen Verwaltung wird auf der Basis von 50% der Anschlusskosten bis Ende 2002 weitergeführt, da der gegenwärtige Nutzen für die angeschlossenen Gemeinden eine Herabsetzung des kantonalen Anteils noch nicht rechtfertigt. Im Verlauf des Jahres 2002 werden sich über 150 Gemeinden am KtZH-Netz angeschlossen haben, womit das mit dem Anschlussanreiz verbundene Ziel im Wesentlichen erreicht ist. Die zeitlich beschränkte Herabsetzung der Anschlusskosten für die Gemeinden für das KtZH-Netz wird

per Ende 2002 eingestellt. Für das neue LEU-Net sind die Bedingungen für die Gemeinden neu auszuhandeln. Im Saldo der Laufenden Rechnung ist ein Betrag von Fr. 494'000 enthalten. Die ungeschmälerete Herabsetzung erfordert einen Nachtragskredit von Fr. 350'000 bzw. eine Erhöhung des Saldos der Laufenden Rechnung auf Fr. 1'951'700.

23 Direktion für Soziales und Sicherheit

2330 Kantonales Sozialamt (Globalbudget)

Ausgaben Investitionsrechnung

Voranschlag Fr. 13'020'000

Nachtragskredit Fr. 2'100'000

2

Zur Entlastung und Unterstützung der Gemeinden organisiert der Kanton in einer ersten, zeitlich begrenzten Phase zentral die Unterbringung und Betreuung der vom Bundesamt für Flüchtlinge dem Kanton Zürich zugewiesenen Asylsuchenden. Mit der Anpassung des Konzepts gemäss Beschluss des Regierungsrates vom 28. Juni 2000 wurde die Aufenthaltsdauer der ersten Phase neu auf das asyrechtliche Verfahren abgestimmt. Zudem stellt der Kanton den Erstphasenbetreibern in der Regel betriebsbereite Kollektivunterkünfte zur Verfügung. Dazu muss er raschmöglichst die benötigten Unterkünfte mieten, nötigenfalls kaufen können. Dem Sozialamt wurde im Jahre 2001 die Liegenschaft Hüslihof 17 in Wil ZH, die bis anhin als privates Behindertenheim genutzt wurde, zum Kauf angeboten. Diese Liegenschaft ist zum Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylverfahrens als Unterbringungs- und Betreuungsstätte der ersten Phase gut geeignet. Bei einem ausgehandelten Verkaufspreis von Fr. 1'300'000 und geschätzten Kosten für Renovations- und Anpassungsarbeiten, inkl. Unvorhergesehenem, von Fr. 800'000 ist mit Gesamtkosten von Fr. 2'100'000 zu rechnen. Infolge der noch fehlenden Konkretisierung eines Kaufs und der noch nicht vorhandenen Unterlagen konnten die Kosten nicht in die Investitionen des Voranschlags 2002 aufgenommen werden. Über die Unterbringungs-pauschalen des Bundes erfolgt eine schrittweise Refinanzierung der Investitionen.

27	Gesundheitsdirektion	
2700	Generalsekretariat	
3640	Betriebsbeiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen <i>Voranschlag Fr. 101'776'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 55'000'000</i>	3
	Mit Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichts vom 30. November 2001 wurden die Kantone verpflichtet, sich an den stationären innerkantonalen Aufhalten von Privat- und Halbprivatpatienten in öffentlichen und öffentlich subventionierten Spitälern finanziell zu beteiligen, analog der stationären Behandlung im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Mit dem Beitritt zu der zwischen der SDK und der santésuisse geschlossenen Vereinbarung betreffend Kostenbeteiligung an der Zusatzversicherung für die Zeit bis zum 31. Dezember 2001 entstehen Kosten, die auf den Pflorgetagen des Kantons Zürich beruhen. Die Bruttomehrkosten sind zwischen dem Kanton (rund 39 Mio. Franken) und den übrigen Spitalträgern (rund 16 Mio. Franken) aufzuteilen. Die auf die übrigen Spitalträger entfallenden Anteile werden noch genau ermittelt und unter Abzug des Staatsbeitrages gemäss Betragssatz für das Jahr 2001 in Rechnung gestellt oder mit künftigen Beiträgen verrechnet.	
2735	Psychiatriezentrum Hard (Globalbudget)	
	Saldo Laufende Rechnung <i>Voranschlag Fr. 26'207'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 527'000</i>	4
	Bis Ende 2002 werden die beiden Pavillons der Alterspsychiatrie umgebaut. Zwei Stationen werden während dieser Zeit in Wülflingen untergebracht. Dieser vorübergehende Auszug führt im laufenden Jahr 2002 zu zusätzlichen Betriebskosten von Fr. 527'000, die sich wie folgt zusammensetzen: eine Nachtwache (2,3 Stellen) sowie zusätzlich eine Ärztin, um den Betrieb aufrecht zu erhalten, Spesenentschädigung und Mietkosten für die EDV-Standleitung. Die Kosten wurden bei der Erstellung des Voranschlags 2002 nicht berücksichtigt, da in diesem Zeitpunkt weder Dauer noch Umfang des Auszugs bekannt waren.	

29	Bildungsdirektion	
2942	Universität (Staats- und Bundesbeiträge)	
3630	Betriebsbeiträge an eigene Anstalten, Ämter und Betriebe <i>Voranschlag Fr. 391'700'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 8'000'000</i>	5
	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung Personalkosten für medizinische Laborstellen gemäss Beschluss des Regierungsrates vom 16. Mai 2001 einschliesslich Sozialleistungen von Fr. 190'000 (Fr. 1'440'000) - Erhöhung Abschreibungen und Zinsen Liegenschaften entsprechend den höheren Investitionen im Vorjahr (Fr. 2'862'500) - Verminderung der Abschreibungen und Zinsen Mobilien, da geringere Investitionen (über Fr. 10'000 Investitionslimite) (Fr. 731'500) - Nicht geplante Mehrkosten für 600 zusätzliche Studierende, die im Wintersemester 2001/02 ihr Studium aufgenommen haben (Fr. 4'429'000) 	
5030	Erwerb und Erstellung von Liegenschaften; Vorhaben unterhalb Referendumsgrenze <i>Voranschlag Fr. 4'000'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 1'000'000</i>	6
	Bedingt durch den überproportionalen Anstieg der Studentenzahlen im Wintersemester 2001/02 (zur geplanten Zunahme kam noch eine unplanmässige Zunahme von 600 Studierenden hinzu) sowie zur adäquaten Unterrichtung der doppelten Maturitätsjahrgänge in den einzelnen Fakultäten müssen neue Unterrichtsräume beim Neubau (Container) Schönberggasse 11, Zürich, eingerichtet werden.	
5031.324	Erwerb und Erstellung von Liegenschaften; Referendumskredit; Universität, Calatrava Rämistrasse 74 <i>Voranschlag Fr. 14'000'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 8'400'000</i>	7
	Ein schnellerer Baufortschritt ist erforderlich, damit die zusätzlichen, notwendigen Raumkapazitäten an der Universität für den überproportionalen Anstieg der Studentenzahlen im Wintersemester 2001/02) und die doppelten Maturitätsjahrgänge zur Verfügung gestellt werden können. Zur geplanten Anzahl Studierenden gemäss Voranschlag kam noch eine unplanmässige Zunahme von 600 Studierenden hinzu. Der Objektkredit wird durch den Nachtragskredit nicht überschritten.	

5031.325	<p>Erwerb und Erstellung von Liegenschaften; Referendumskredit; Universität, Unterer Hörsaal KOL <i>Voranschlag Fr. 7'000'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 2'500'000</i></p> <p>Gleiche Begründung wie Konto 5031.324.</p>	8
2946	Fachhochschulen und Höhere Fachschulen (Staats- und Bundesbeiträge)	
3640	<p>Betriebsbeiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen <i>Voranschlag Fr. 33'730'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 5'000'000</i></p> <p>Für Zahlungen unter der Fachhochschulvereinbarung (FHV) sind im Voranschlag 2002 11 Mio. Franken eingestellt. Die Zahlungen für das Sommersemester 2001 (Halbjahr) beliefen sich auf rund 6,3 Mio. Franken, womit unter den alten Beitragssätzen (gültig bis 1. Oktober 2001) pro Jahr 12,6 Mio. Franken an FHV-Beiträgen zu zahlen waren, was zu einem Fehlbetrag von 1,6 Mio. Franken führt. Weiter werden die Beitragsansätze in zwei Schritten angehoben (1. Stufe per 1. Oktober 2001 um 10–50%; 2. Stufe per 1. Oktober 2002 im Vergleich zu Ansätzen im Jahr 2000 um 130–200%), was zu Mehrkosten von 2,8 Mio. Franken führt. Neu bei der FHV sind die Studiengänge der Pädagogischen Hochschulen, die ab Herbst 2002 über die EDK-Anerkennung verfügen und damit für alle entsendenden Kantone mit einem jährlichen FHV-Beitrag von Fr. 18'000 pro Student zu zahlen sind. Diese verursacht Mehrkosten in Höhe von 0,6 Mio. Franken. Der Fehlbetrag und die Erhöhung der Beitragssätze waren zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlags nicht bekannt.</p>	9
5630	<p>Investitionsbeiträge an eigene Anstalten, Ämter und Betriebe <i>Voranschlag Fr. 7'930'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 4'620'000</i></p> <p>Gemäss Beschluss des Regierungsrates vom 9. Juni 1999 ist der Kanton Zürich verpflichtet, Kosten der städtische Bauvorhaben für die Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich (HGKZ) zu einem festgelegten Anteil zu übernehmen. Bevor die Übertragung der Liegenschaften der HGKZ von der Stadt zum Kanton Zürich vollzogen werden kann, müssen diese Bauvorhaben abgerechnet und der Anteil des Kantons an die Stadt überwiesen worden sein. Die Baudirektion hat dem Hochschulamt die entsprechenden Bauabrechnungen erst Anfang des Jahres 2002 vorgelegt, weshalb die nötigen Gelder im Voranschlag 2002 nicht eingestellt werden konnten. Die einzelnen Bauprojekte sind:</p>	10

<u>Objekt</u>	<u>Fr.</u>
Ausstellungsstrasse 100	32'000
Heizungssanierung	907'000
Innere Umbauten 2. Etappe	1'002'000
Innere Umbauten 5. OG	345'000
Universelle Gebäudeverkabelung	1'670'000
Erneuerung Störmelde-, Uhren- und Akustikanlage	48'000
Sanierung Aussenhülle und Reprofilierung Dachterrasse	435'000
Brandschutzmassnahmen	181'000
Total	4'620'000

2963

Gehörlosenschule

Verschiedene Konten der Laufenden Rechnung

Voranschlag Fr. 2'800'000

Nachtragskredit Fr. 147'000

11

Die Stiftung für hörgeschädigte Kinder Meggen/Uster stellt ihre Tätigkeiten per 31. Juli 2002 ein. Die durch die Stiftung im Kanton Zürich betreuten hörgeschädigten Kinder und Jugendlichen benötigen eine Ersatzlösung. Das Zentrum für gehörlose und schwerhörige Kinder Zürich ist als alleinige Anbieterstelle von beraterischen, therapeutischen und pädagogischen Leistungen für diese Behindertengruppe im Kanton in der Lage und beauftragt, die notwendigen Ersatzlösungen ab August 2002 anzubieten. Die entstehenden Mehraufwendungen werden weitgehend durch IV- und Kostendeckungsbeiträge der Wohngemeinden refinanziert. Per Saldo ergibt sich eine zusätzliche Belastung von Fr. 147'000.

<u>Konto-Nr.</u>	<u>Konto</u>	<u>VA 2002 Fr.</u>	<u>NK Fr.</u>
3020	Gehälter der Lehrkräfte	4'920'000	180'000
3030	Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen	360'000	10'000
3040	Arbeitgeberbeiträge an die BVK	400'000	25'000
3106	Lehrmittel (Unterricht)	150'000	15'000
3160	Miete und Pacht von Liegenschaften	80'000	10'000
3170	Reise- und Spesenentschädi- gungen des Personals	90'000	12'000
4320.100	Schul- und Kostgelder der Versorger	-2'600'000	-95'000
4320.200	Schul- und Kostgelder der Invalidenversicherung	-600'000	-10'000
Total netto		2'800'000	147'000

8 Baudirektion

8100 Hochbau (Globalbudget)

Ausgaben Investitionsrechnung

Voranschlag Fr. 4'300'000

Nachtragskredit Fr. 2'485'000

12

Ausgelöst durch den Vorfall im Zuger Kantonsrat wurde die Baudirektion mit Beschluss des Regierungsrates vom 24. Oktober 2001 beauftragt, ein Sicherheitskonzept in der engeren Zentralverwaltung zu planen. Die Planung wurde durch das Hochbauamt erstellt. In Anbetracht der sich stellenden Sicherheitsfrage soll die Umsetzung im 2002 erfolgen (Fr. 1'935'000).

Infolge Auszugs des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) sind im Kaspar-Escher-Haus verschiedene Räume frei geworden. Gemäss Neubelegungskonzept der Raumkommission sollen durch die räumliche Konzentration verschiedener Direktionen bzw. deren Ämter Synergien genutzt werden. Die dadurch erforderlichen Umbauten sollen 2002 (Fr. 550'000) und 2003 ausgeführt werden.

**Zusammenstellung
der Nachtragskreditbegehren
I. Serie
für das Jahr 2002**

	Nr.	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
	—	—————	—————	—————
22	Direktion der Justiz und des Innern	1	350'000	350'000
23	Direktion für Soziales und Sicherheit	2		2'100'000
27	Gesundheitsdirektion	3 - 4	55'527'000	55'527'000
29	Bildungsdirektion	5 - 11	13'147'000	29'667'000
8	Baudirektion	12		2'485'000
			—————	—————
			69'024'000	21'105'000
			=====	=====
				90'129'000
				=====

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Buschor

Der Staatsschreiber:

Husi